einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.07.2009 12/09

DGB

DGB-Index Gute Arbeit 2009

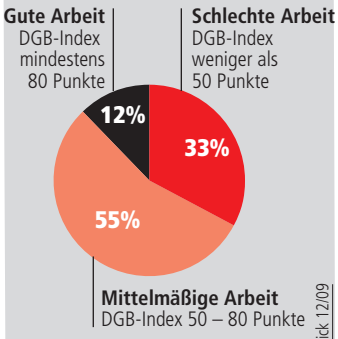
Gute Arbeit kein Schönwetter-Thema

Kein gutes Bild zeichnet der DGB-Index Gute Arbeit von den Arbeitsbedingungen in Deutschland. 33 Prozent der Beschäftigten halten ihre Arbeitsbedingungen für schlecht. Das ist das Ergebnis der bereits zum dritten Mal erhobenen repräsentativen Befragung des DGB zur Qualität der Arbeitsplätze. Nur zwölf Prozent bewerten ihre Tätigkeit positiv. Besonders zu schaffen macht den Beschäftigten der hohe Zeitdruck bei ihrer Arbeit. Sehr negativ bewerten die ArbeitnehmerInnen vor allem die Höhe ihres Einkommens und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten.

Auch in der Krise dürfe das Thema Gute Arbeit nicht vernachlässigt werden, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Vorstellung des DGB-Index Gute Arbeit 2009 fest: „Gute Arbeit ist kein Schönwetter-Thema." Während die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Betrieben ankommen, sei von einigen Wirtschaftslenkern bereits wieder das Schlagwort „Hauptsache Arbeit" zu hören. Das könne nicht die Lehre aus der Krise sein: „Wer das Potenzial Guter Arbeit nicht erkennt, wiederholt alte Fehler und schreibt sie fort", warnte Sommer.

Jeder Dritte arbeitet unter schlechten Bedingungen

Verteilung der Arbeitsplätze in Deutschland nach Qualitätsstufen (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009; der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von knapp 8000 Arbeitnehmerinnen und -nehmern im ersten Quartal 2009

© DGB einblick 12/09

Nur jeder achte Beschäftigte hierzulande bewertet seine Arbeitssituation positiv, jeder dritte arbeitet unter miserablen Bedingungen mit hohen Belastungen und wenig Sicherheit. Und die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen hält ihre Arbeitsbedingungen für gerade mal mittelmäßig. 58 Punkte erreicht der DGB-Index Gute Arbeit 2009 auf einer Skala von 0 bis 100.

Vor allem durch die sehr unterschiedliche Bewertung der Qualität ihrer Arbeitsplätze durch die verschiedenen Beschäftigtengruppen zeigt der DGB-Index auf, wo es Handlungsbedarf bei den Arbeitsbedingungen gibt. So sehen prekär Beschäftigte ihre Arbeitssituation extrem negativ, große Unterschiede gibt es auch in der Bewertung zwischen Ost und West. Während der Index im Westen einen Wert von 59 Punkten erreicht, liegt er im Osten bei 55 Punkten. Für Michael Sommer ist das deutliche West-Ost-Gefälle „alarmierend". Da die aktuellen Zahlen im ersten Quartal des Jahres erhoben worden seien, spiegelten sie noch nicht die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wider. „Das macht den Handlungsdruck mehr als deutlich", so Sommer. Der DGB-Vorsitzende fordert, am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West festzuhalten. „Neben betrieblichen und tarifpolitischen Initiativen brauchen wir auch die politischen Rahmenbedingungen für Gute Arbeit in Deutschland und Europa, von der Leiharbeit über Mindestlöhne bis zur Mitbestimmung."

Ein weiteres Ergebnis: Gerade mal jeder zweite Befragte geht davon aus, seine Tätigkeit unter den derzeitigen Bedingungen bis zum Rentenalter ausüben zu können. „Wer immer noch glaubt, an der Rente mit 67 festhalten zu müssen, ist auf dem Holzweg", meint der

Fortsetzung auf Seite 3

plusminusBERLIN

+ *Siegmund Ehrmann, medienpolitischer Sprecher der SPD, will die Vergütung geistigen Eigentums in der „digitalen Welt" verbessern. Es sei wichtig, dass auch im Internetzeitalter Kultur- und Medienschaffende ein angemessenes Einkommen hätten. „Kreative müssen von ihrer Arbeit leben können."*

– *FDP-Bildungsexperte Patrick Meinhardt fand den Bildungsstreik Mitte Juni zwar „überfällig", traut den rund 200 000 jungen DemonstrantInnen aber wenig eigenes Urteilsvermögen zu. Sie seien „missbraucht und vor den falschen Karren eines linken Aktionsbündnisses gespannt" worden.*

inhalt

Seite 3
Index im Betrieb
Der DGB-Index Gute Arbeit ist auch ein Instrument, um die Qualität der Arbeit in einzelnen Branchen und Unternehmen zu verbessern

Seite 5
Nicht vertretbar
Die Rente mit 67 muss laut Gesetz 2010 auf den Prüfstand. Wenn die Politik die eigenen Vorgaben ernst nimmt, ist die Anhebung des Renteneintrittsalters nicht mehr vertretbar

Seite 7
Politik für Menschen
IG Metall-Vize Detlef Wetzel stellt die Ergebnisse der Umfrage „Gemeinsam für ein Gutes Leben" vor

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.eds.dgb.de
Blog von IG Metall und ver.di zu den Streiks beim IT-Dienstleister EDS

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Stellungnahme zur Verbraucherpolitik: „Anlegerschutz am Grauen Kapitalmarkt"

Lissabon-Vertrag

Karlsruhe sagt „Ja, aber“

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 30. Juni den EU-Reformvertrag von Lissabon grundsätzlich gebilligt, verlangt aber mehr Beteiligungsrechte für Bundestag und Bundesrat. Deshalb wird der laufende Ratifizierungsprozess solange gestoppt, bis der Bundestag über ein geändertes nationales Begleitgesetz entschieden hat. Das wird voraussichtlich im September geschehen. Zudem sieht das Urteil vor, dass das BVerfG künftig europäische Rechtssetzung intensiver als zuvor prüfen kann.

Anlässlich des Urteils mahnte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer stärkere soziale Rechte für die BürgerInnen in Europa an. „Aus Sicht der Gewerkschaften muss die Bundesregierung alles tun, damit die sozialen Rechte in Europa gestärkt und die im Lissabon-Vertrag verankerten Grundrechte Wirklichkeit in Europa werden.“ Die europäischen Gewerkschaften fordern außerdem seit langem eine soziale Fortschrittsklausel in allen Europäischen Verträgen. Sie soll alle EU-Institutionen darauf verpflichten, im Konfliktfall die wirtschaftlichen Grundfreiheiten nicht über die sozialen Rechte und Prinzipien zu stellen.

Der Lissabon-Vertrag, der mit einem neuen rechtlichen Rahmen für die EU die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU verbessern soll, räumt unter anderem dem EU-Parlament deutlich mehr Kompetenzen ein. Bevor der Vertrag – wie geplant – 2010 in Kraft treten kann, muss er noch einige Hürden nehmen. Am 2. Oktober entscheiden die Iren in einer erneuten Volksabstimmung über den Vertrag. Auch in Polen und Tschechien ist der Ratifizierungsprozess noch nicht abgeschlossen. Sollte die Labour-Regierung in Großbritannien vor Inkrafttreten des Vertrags stürzen, wollen die Konservativen als eine der ersten Amtshandlungen das britische Ja zum Vertrag zurückziehen. •

Studie

Fremdenfeindlichkeit nimmt zu

Bei deutschen Jugendlichen haben „Unsicherheit und Angsterleben“ in Bezug auf ihre berufliche Zukunft in den vergangenen Jahren zugenommen – und nehmen weiterhin zu. Das ist ein zentrales Ergebnis der Studie „Jugendmilieus in Deutschland“, die das Internationale Institut für Empirische Sozialökonomie (inifes) im Auftrag der DGB-Jugend erstellt hat. Parallel zu dieser Entwicklung nehme auch die Fremdenfeindlichkeit zu. „Es wird versucht, Angst zu kanalisieren, indem man einen vermeintlichen Schuldigen ausmacht“, erklärt Tatjana Fuchs von inifes.

Für die Auswertung wurden bereits vorliegende Jugendstudien – wie etwa die „Shell-Studie“ oder Sonderauswertungen des DGB-Index Gute Arbeit – mit Blick auf gewerkschaftliche Themen und einen gewerkschaftlichen Kontext untersucht. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Gesundheit

Leiharbeiter öfter krank

LeiharbeiterInnen sind im Schnitt pro Jahr vier Tage mehr krank geschrieben als andere ArbeitnehmerInnen. Das ist Ergebnis eines Reports der Techniker Krankenkasse (TK) mit dem Schwerpunkt Gesundheitssituation in der Zeitarbeitsbranche. Besonders markant sind die größeren Fehlzeiten bei männlichen Leiharbeitern: Sie sind fast sechs Tage häufiger krank als andere männliche Beschäftigte. Die TK hatte für den Report Daten von fast 40 000 bei ihr versicherter LeiharbeiterInnen ausgewertet und zusätzlich 1300 Interviews geführt.

Die Antworten hätten gezeigt, dass „bei Leiharbeitern eine größere Diskrepanz zwischen ihrer Qualifikation und ihrer ausgeübten Tätigkeit“ bestehe, erklärt Norbert Klusen, Vorstandsvorsitzender der TK. „Sie leiden unter einer größeren Arbeitsplatzunsicherheit, schlechteren Jobperspektiven und empfinden ihre Einkommenssituation als belastend.“

Die überdurchschnittlichen Fehlzeiten gehen laut TK deshalb auch auf psychische Belastungen zurück: „Psychisch bedingte Fehlzeiten“ liegen in der Leiharbeit um ein Drittel höher als im Schnitt aller anderen Branchen. Außerdem werden LeiharbeiterInnen 25 Prozent mehr Psychopharmaka verschrieben. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Berufsbildung

Schiefe Bilanz

Der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsausbildung liegt seit über einem Jahrzehnt bei 15 Prozent. Die Ursache: Das Angebot an Ausbildungsplätzen des dualen Systems war und ist viel zu niedrig. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die jeweils zum 30. September vorgelegte Ausbildungsplatzbilanz spiegele nicht die Realität wider, stellt die Studie fest. Denn eine wachsende Zahl von Ausbildungssuchenden hat zum Stichtag keinen Ausbildungsplatz gefunden und ist stattdessen in berufsvorbereitenden Maßnahmen und Praktika untergekommen oder geht weiter zur Schule. Dennoch gelten sie für die Bilanz als „versorgt“. Die Anzahl der Jugendlichen in diesem „Übergangssystem“ hat sich von 1992 bis 2005 auf mehr als 500 000 verdoppelt.

Der tatsächliche Mangel an Ausbildungsplätzen werde nicht mehr erkannt, heißt eine der Schlussfolgerungen der Bildungsforscher Elisabeth Krekel und Joachim Gerd Ulrich. Sie bestätigen damit die Kritik der Gewerkschaften an den vermeintlich ausgeglichenen Bilanzen. Krekel und Ulrich plädieren unter anderem für mehr außerbetrieblich voll qualifizierende Ausbildungsplätze, etwa durch die Bündelung bisheriger Förderungen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Kinderbetreuung

Angebot europaweit gestiegen

Das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ist europaweit in den vergangenen Jahren gestiegen. Ursache dafür sei vor allem der „starke Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen“, so die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) in einer aktuellen Untersuchung. Dadurch habe sich auch die Nachfrage nach Kinderbetreuungsleistungen deutlich erhöht.

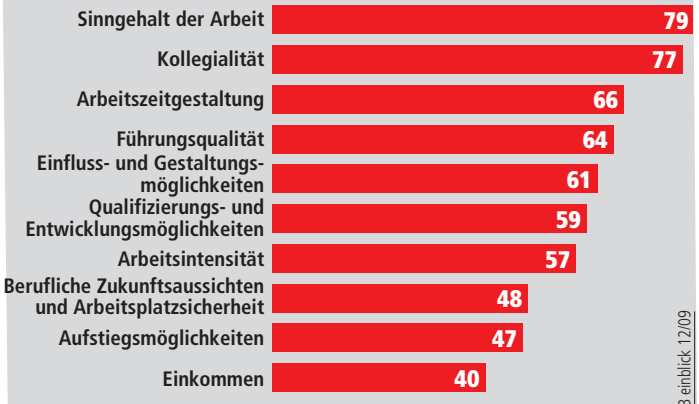
Die Sozialpartner haben bei dieser Entwicklung europaweit eine „Schlüsselrolle gespielt“. In fast allen Ländern der Union hätten Gewerkschaften und Arbeitgeber vermehrt Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgehandelt.

Als Konsequenz aus der Studie fordert Eurofound mehr Personal für die Kinderbetreuung. Ein „Beschäftigungswachstum im Bereich der Kinderbetreuung“ könne auch „zur Förderung der Chancengleichheit für alle Kinder beitragen“ und die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter erhöhen. •

www.eurofound.europa.eu

Sinnvolle Arbeit, schlecht bezahlt

Bewertung ausgewählter Dimensionen von Arbeit durch die Beschäftigten im DGB-Index Gute Arbeit (Indexskala 0 bis 100)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009; der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von 7930 ArbeitnehmerInnen im ersten Quartal 2009

15 Kategorien, vom Sinngehalt der Arbeit bis zum Einkommen, fließen in den DGB-Index Gute Arbeit ein. Auf dieser Grundlage ist es möglich, auf einer Skala von 0 bis 100 die Qualität der Arbeit aus Sicht der Beschäftigten umfassend zu bewerten. Werte im Bereich 80 und mehr erhalten das Prädikat Gute Arbeit, 50 bis 80 Punkte werden als mittelmäßige, Werte unter 50 als schlechte Arbeit eingestuft. Insgesamt erreicht der DGB-Index Gute Arbeit 2009 einen Wert von 58 Punkten. Die Arbeitsbedingungen sind im Schnitt also gerade mal mittelmäßig. Am wenigsten zufrieden sind die Beschäftigten mit ihrer Einkommenssituation, am besten bewerten die ArbeitnehmerInnen den Sinngehalt ihrer Arbeit sowie die Kollegialität.

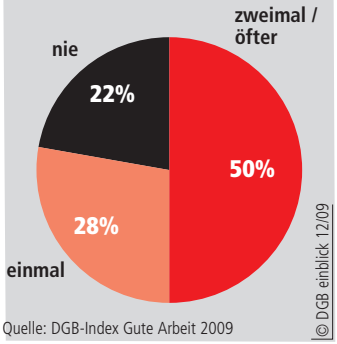
Fortsetzung von Seite 1

Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes habe vor allem der jungen Generation Zukunftschancen geraubt, zwei Drittel seien prekär bzw. atypisch beschäftigt. „Schluss mit Generation Prekär", fordert Wetzel.

Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt auch die große Diskrepanz zwischen tatsächlich geleisteter und bezahlter Arbeitszeit. So liegt bei einer vereinbarten Vollzeit-Beschäftigung von 39 Stunden die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bei durchschnittlich 44 Stunden. Die Beschäftigten dagegen favorisieren eine 38-Stunden-Woche, mehr als 40 Stunden möchten lediglich 10 Prozent der Vollzeitbeschäftigten arbeiten. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane sieht bei der Arbeitszeit große Chancen, die Qualität der Arbeit zu verbessern. Allein die Einhaltung der tariflich vereinbarten Arbeitszeiten biete „ein enormes Potenzial und käme den Bedürfnissen der Menschen entgegen". •

Krank zur Arbeit

Wie oft sind Sie in den letzten zwölf Monaten krank zur Arbeit gegangen? (Antworten in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009

Acht von zehn Beschäftigten gehen auch dann zur Arbeit, wenn sie krank sind. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust spielt dabei eine zentrale Rolle. 71 Prozent der Beschäftigten, die um ihren Job fürchten, gingen innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Befragung mehrfach krank arbeiten. Bei denjenigen mit einem sicheren Job waren es lediglich 41 Prozent.

Der Index im betrieblichen Einsatz

Zwei Tochterunternehmen eines Schiffbau-Konzerns setzten die Index-Befragung ein, um Potenziale zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere im Arbeits- und Gesundheitsschutz, zu erkennen. Über 65 Prozent der insgesamt 4000 Beschäftigten beteiligten sich. In einer Projektgruppe mit Mitgliedern aus den verschiedenen Arbeitsbereichen werden nun die nächsten Arbeitsschritte zur Verbesserung der Arbeitsqualität festgelegt. Es geht vor allem darum, körperliche Schwerarbeit abzubauen und die Arbeitsintensität zu verringern.

In einem Unternehmen aus der Wohnungswirtschaft ergab die Index-Befragung unter den rund 500 Beschäftigten, dass die Qualität der Arbeit dort überdurchschnittlich hoch ist. Insgesamt wurden hohe Indexwerte erreicht. Es wurden aber auch weitere Verbesserungspotenziale erkannt – etwa beim Informationsfluss im Unternehmen und bei der Führungsqualität. Das Unternehmen folgte den Empfehlungen der gemeinsamen Projektgruppe von Personalleitung und Betriebsrat: Die Ergebnisse sind nun Bestandteil der Planungen und des Controllings.

In einem Unternehmen im Bereich Kunststoffherstellung und -verarbeitung mit insgesamt 450 Beschäftigten werden die Ergebnisse der Index-Befragung im Betrieb vor allem dafür genutzt, die Führungskräfte zu sensibilisieren, die verschiedenen Aspekte guter Arbeit in ihrem Arbeitsalltag stärker zu berücksichtigen und Verbesserungen umzusetzen. Durchgeführt wurde das Projekt von der Personalleitung in Abstimmung mit dem Betriebsrat. Beide Betriebsparteien nutzen die Ergebnisse auch, um Handlungsfelder für ihre Arbeit zu identifizieren.

Index im Betrieb

Der DGB-Index Gute Arbeit ist auch ein Instrument, um die Qualität der Arbeit zu verbessern – gesamtgesellschaftlich und in einzelnen Branchen und Betrieben. Die Service- und Beratungsstelle zum DGB-Index Gute Arbeit bietet deshalb weitere Auswertungen des Datenmaterials an. Unternehmen oder Betriebsräten können zudem Mitarbeiterbefragungen in Auftrag geben und auswerten lassen.

Betriebliche Anwendungen der Index-Umfrage sind ein präziser Gradmesser für die Qualität der Arbeit im bundesweiten Vergleich. „Die betrieblichen Akteure erhalten nicht nur ein klares Bild von der Qualität der Arbeit im eigenen Unternehmen, wir unterstützen sie auch dabei, Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen", sagt Ralf Stuth, Geschäftsführer der DGB Index Gute Arbeit GmbH.

Das Angebot reicht von der Analyse der Arbeitsbedingungen und der Ermittlung von Potenzialen und Schwachstellen bis hin zur Unterstützung von Qualitätsmanagementprozessen und der Beratung bei der Umsetzung der Ergebnisse. Die Service-Stelle verspricht passgenaue Anwendungen des Index, die Kosten für diese Dienstleistungen sind entsprechend des Aufwandes differenziert.

www.dgb-index-gute-arbeit.de

Hans-Böckler-Stiftung

Gender Gap im Fokus

Weiterhin gilt: Frauen verdienen rund ein Viertel weniger als Männer – der so genannte Gender Gap. Doch was sind die Gründe? Warum gibt es nach wie vor kaum Bewegung in Sachen Einkommensgleichheit? Fragen, denen sich die 5. Gleichstellungstagung der Hans-Böckler-Stiftung am 1. und 2. Oktober in Berlin widmet. Im Fokus stehen diesmal betriebliche Faktoren, die zur Ungleichheit beitragen. ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Praxis analysieren und diskutieren neue Forschungsergebnisse, aktuelle Initiativen und notwendige politische Folgerungen. In vier Themenforen werden Aspekte wie Ungleichheit in Führungspositionen, der Einfluss des Arbeitsvertrags auf die Entlohnung und Maßnahmen für gleiche Bezahlungen vertieft. •

Anmeldungen: christiane-borsch@boeckler.de

Anzeige

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis

Dr. Sebastian Hopfner
Valerie Naumann et al.

3. Auflage, 2009, 128 S., 17 x 24 cm, kart., **16,50 €**

ISBN 978-3-89952-427-7

www.vww.de

Arbeit und Leben NRW

Demokratie im Betrieb

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens von „Arbeit und Leben NRW" wird am 16. November in Düsseldorf erstmals der Preis „Demokratie im Betrieb" vergeben. Ausgezeichnet werden Initiativen, Projekte oder Aktionen, die Demokratie und Beteiligung in der Arbeitswelt gefördert haben. Teilnehmen können Einzelpersonen, Gruppen und Mitbestimmungsgremien, die sich für innovative Formen von Mitarbeiterbeteiligung und für die Rechte von Beschäftigten eingesetzt haben. Auch neu gegründete Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen können vorgeschlagen werden. Bewerbungen bis zum 30. August an: *demokratieimbetrieb@aulnrw.de* •

Mehr: www.aulnrw.de

Anzeige

Das Pflegezeitgesetz

Ein Leitfaden für die arbeitsrechtliche Praxis

Dr. Sebastian Hopfner et al.

2009, 64 S., 17 x 24 cm, kart., **10,80 €**

ISBN 978-3-89952-471-0

www.vww.de

Online-Petition

Für fairen Einkauf

Die fünf großen Supermarkt- und Discounterketten in Deutschland haben zusammen einen Marktanteil von 90 Prozent – und nutzen diese „Marktmacht" konsequent, um ihren Billig-Preisdruck an Lieferanten, Produzenten und Beschäftigte weiter zu reichen. Die 2008 gegründete Supermarkt-Initiative *(einblick 17/2008)* von inzwischen 19 Verbände – darunter ver.di, die NGG und die IG BAU – wendet sich gegen den Missbrauch dieser Marktmacht.

Das Bündnis hat jetzt die Online-Petition „Unfairen Einkauf stoppen" gestartet. Sie fordert eine drastische Änderung der Einkaufspraktiken der Einzelhandelsriesen gegenüber ihren Produzenten und die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards in der gesamten Lieferkette. „Für den Einkauf muss gelten: fair, umweltgerecht und sozial", heißt es in der Petition, die sich direkt an die Vorstandsvorsitzenden der Supermarktkonzerne richtet. Auf der Homepage zur Aktion kann die Erklärung online unterzeichnet werden. •

www.unfairen-einkauf-stoppen.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** lädt am 11. Juli zu einer ***Hochschulpolitischen Tagung*** nach Stuttgart ein. Unter der Überschrift „Soziale und demokratische Hochschule: Bologna und die Folgen für Hochschulen, Betriebe und Verwaltungen" sollen der Bologna-Reformprozess sowie seine Auswirkungen für Studierende, Lehrende und das Arbeitsleben beleuchtet werden. Im Zuge des Bologna-Prozesses werde die Struktur der deutschen Hochschulen dem „unternehmerischen" Vorbild nachgebildet und damit wirtschaftlichen Kriterien unterworfen, so eine These des DGB Baden-Württemberg. Gewerkschaften und Hans-Böckler-Stiftung setzen dieser Entwicklung mit dem Projekt „Soziale und demokratische Hochschule", das auf der Tagung vorgestellt wird, ein gewerkschaftliches Leitbild entgegen. Dieses Leitbild beinhaltet auch die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte – nicht zuletzt auch ein Mittel, um drohendem Fachkräftemangel zu begegnen. In den Tagungs-Foren werden außerdem die Auswirkungen von Bachelor- und Masterstudiengängen auf Wissenschaft und Ausbildung sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Hochschulen diskutiert.

www.einblick.dgb.de/links

••• Der Bundeshauptstadt Berlin hängt der Ruf an, weitgehend industriefrei geworden zu sein. Aus Sicht des ***DGB Berlin-Brandenburg*** kein gutes Image – denn es verhindert dringend benötigte Investitionen in diesem Wirtschaftsbereich in der Hauptstadt. Der DGB-Bezirk hat jetzt eine von ihm angestoßene ***Studie zur Industriepolitik*** in Berlin vorgestellt. Das Besondere: Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung hat viele Unterstützer, die für industriepolitische Perspektiven Berlins an einem Strang ziehen wollen – DGB, IG BCE und IG Metall auf Gewerkschaftsseite, Unternehmerverband Berlin, Handwerkskammer und IHK auf Wirtschaftsseite. Die Studie, die ganz konkrete Projektvorschläge – zum Beispiel zur ökologischen Modernisierung – macht, ist im Regioverlag erschienen.

Kurt Geppert, Ina Drescher-Bonny, Peter Wilke, u.a.: Neue Wachstumschancen für Berlin. Wirtschaftskraft, Branchenprofil und industriepolitische Strategien im Metropolenvergleich. Regioverlag Edition StadtWirtschaft, Berlin 2009, 184 Seiten, 24 Euro.

Friedrich-Ebert-Stiftung

Qualitätssiegel fürs Web

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) schließt die seit 2007 laufende Publikationsreihe „Medien digital" ab. Letzter Band der Reihe ist der gerade erschienene Beitrag des Journalisten und Politikwissenschaftlers Frank Überall – ein „Wegweiser in der digitalen Medienwelt". Überall analysiert darin, wie sich Arbeit und Verantwortungsbewusstsein der JournalistInnen angesichts der extrem schnellen Publizität des World Wide Web verändert haben. Er schlägt unter anderem die Einführung eines Qualitätssiegel für korrekte journalistische Informationen in Online-Medien vor. Denn bisher fehle eine „hinreichende Medienaufsicht für die digitale Welt". Alle zehn Bände der Publikationsreihe bietet die FES inzwischen zum Download an. •

www.einblick.dgb.de/links

Rente mit 67

Nicht vertretbar

Es geht vieles durcheinander in der neu entfachten Debatte um die Rente mit 67. Da wird im Superwahljahr 2009 gerne einmal die Anhebung des Rentenalters in einem Atemzug mit der erst kürzlich beschlossenen „Rentengarantie" genannt oder eine Diskussion um Rentenversicherungsbeiträge eröffnet. Vielleicht, um von der eigentlichen Frage abzulenken: Ist die Rente mit 67 sozial- und arbeitsmarktpolitisch noch vertretbar?

Eine Frage, mit der sich die nächste Bundesregierung im kommenden Jahr befassen werden muss und die sich die derzeitige große Koalition selbst verordnet hat – denn das „Altersgrenzenanpassungsgesetz" zur Rente mit 67 enthält eine entsprechende Überprüfungsklausel (siehe Randspalte). Maßgeblich dafür, ob es bei der Rente mit 67 bleibt, ist laut Gesetz die wirtschaftliche und soziale Situation älterer ArbeitnehmerInnen. Schon vor dem Beginn der aktuellen Krise war diese Situation keineswegs befriedigend. Nur knapp über ein Drittel der über 55-Jährigen war noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt, jeder zweite Betrieb hatte keine über 50-Jährigen mehr angestellt, und vier von fünf NeurentnerInnen sind nicht aus einem regulären Job in die Rente gewechselt. Und die Lage wird sich kaum bessern.

„Die Situation droht sich – nach allen Prognosen – in den kommenden Monaten deutlich zu verschärfen", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Die sozial abgesicherte Beschäftigung gibt schon seit Jahren immer weiter nach und wird oft von prekären Beschäftigungsformen unterlaufen", so Buntenbach. Auch das sei zum Nachteil der künftigen Alterssicherung. „Die Hinweise, dass der nächste Aufschwung noch stärker als zuletzt in der Leiharbeit stattfinden wird", meint Buntenbach, seien ein weiterer Grund zur Besorgnis. Angesichts dessen ist für den DGB klar: „Wenn sich die nächste Bundesregierung an die Gesetzgebung hält" sei die Rente mit 67 „nicht vertretbar", erklärt Buntenbach.

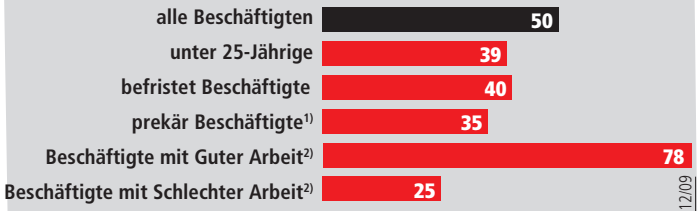
Auch die Argumentation einiger Groß-Koalitionäre, die Rente mit 67 solle Frühverrentung unterbinden, lässt Buntenbach nicht gelten. Bei diesem Thema würden „Täter und Opfer verwechselt". Die Opfer sind die ArbeitnehmerInnen, die nicht aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung heraus in die Altersrente wechseln (80 Prozent), vorher eventuell in Hartz IV abrutschen und so noch ihre Ersparnisse verlieren. Opfer sind auch die Beschäftigten, die es schlicht aus gesundheitlichen Gründen nicht schaffen, bis 67 zu arbeiten und Rentenabschläge von bis zu 14,4 Prozent hinnehmen müssen. Deshalb ist für Buntenbach klar: „Wer Frühverrentung vermeiden will, muss in den Betrieben anfangen, die die Älteren systematisch herausdrängen."

Auch aus den Gewerkschaften gibt es angesichts der Krise und der im kommenden Jahr anstehenden Überprüfung erneut Forderungen, die Rente mit 67 abzuschaffen bzw. mindestens auf Eis zu legen. IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban fordert, die 2012 startende Anhebung des Renteneintrittsalters „umgehend auszusetzen". „Diese Entscheidung war ohnehin falsch, aber angesichts der Wirtschaftskrise könnte sie verheerende Folgen haben", so Urban.

Auch der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt sieht Probleme bei der Umsetzung der Rente mit 67. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise sei es für viele ArbeitnehmerInnen „zunehmend schwerer, die Regelaltersgrenze zu erreichen", so Schmoldt. Es sei deshalb „sozialpolitisch falsch und ökonomisch unvernünftig, an den starren Regelungen festzuhalten". Für einen flexibleren Ausstieg aus dem Arbeitsleben in die Rente könnten etwa Arbeitszeitkonten in Zukunft noch besser genutzt werden als bisher, meint Schmoldt. •

Nur jeder Zweite hält durch

Anteil der Beschäftigten, die denken, dass sie unter ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen ihre jetzige Arbeit bis zum Rentenalter ausüben können (in Prozent)



¹) Vollzeitbeschäftigte in befristetem Arbeitsverhältnis und/oder Leiharbeit mit maximal 2000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen
²) Gute Arbeit: DGB-Indexwert mindestens 80, Schlechte Arbeit: DGB-Index unter 50 (Skala von 0 bis 100)
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009

© DGB einblick 12/09

Nur jeder zweite Beschäftigte meint laut DGB-Index Gute Arbeit 2009, unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen seine Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben zu können. Unterm Schnitt aller befragten Beschäftigten liegen jüngere ArbeitnehmerInnen, befristet oder prekär Beschäftigte sowie Menschen mit „schlechter Arbeit".

Die Klausel

In den aktuellen Debatten um die Rente mit 67 geht es insbesondere um eine Klausel im Altersgrenzenanpassungsgesetz von 2007. Die Überprüfungsklausel war auf Druck der SPD von der großen Koalition aufgenommen worden.

Sie besagt, dass die Bundesregierung 2010 erstmals – und ab dann alle vier Jahre – über die die Beschäftigungssituation Älterer Bericht erstatten und einschätzen muss, „ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können".

Die Altersgrenze

Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters soll ab 2012 in jährlichen Schritten von einem Monat erfolgen, ab 2024 in Schritten von zwei Monaten. Wer 1947 geboren ist, muss einen Monat länger arbeiten als bisher, um ohne Abschläge in Rente zu gehen. Bei späteren Jahrgängen verschiebt sich das gesetzliche Rentenalter entsprechend nach hinten. ArbeitnehmerInnen aus dem Jahrgang 1964 sind dann die ersten, die bis 67 arbeiten müssten.

www.dgb.de/themen/rente

kurz&bündig

Rund 350 BetriebsrätInnen diskutierten Ende Juni auf einer industriepolitischen Tagung von IG Metall, IG BCE und der Hans-Böckler-Stiftung die Zukunft des Industriestandorts Deutschland. Die IG BCE hat alle wichtigen Debatten und Infos zur Tagung auf einer Online-Themenseite zusammengefasst.
www.einblick.dgb.de/links

Angesichts der aktuellen Entwicklungen am Milchmarkt fordert die NGG eine Preisbindung beim Milchpreis. Diese solle mit VertreterInnen des Handels vereinbart werden und für eine begrenzte Zeit gültig sein.

ver.di fordert die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf zur Einrichtung von Bad Banks zu überarbeiten. Bisher würden die Interessen der Beschäftigten „ungenügend berücksichtigt". Das Gesetz müsse die Beschäftigten schützen, indem die Banken dazu verpflichtet werden, vor der Auslagerung von problematischen Geschäftszweigen in Bad Banks mit den Gewerkschaften eine Beschäftigungs- und Standortsicherung zu vereinbaren.

TRANSNET hat insgesamt 77 Fragen an die im Bundestag vertretenen Parteien als „Wahl-Check" formuliert. Im Mittelpunkt des Fragenkatalogs stehen Belange der ArbeitnehmerInnen. Die Antworten der Parteien will TRANSNET, sofern sie eintreffen, online veröffentlichen.
www.transnet.org

IG Metall

Lärm macht krank

Permanenter Lärm am Arbeitsplatz ist belastend und macht auf Dauer krank. Das Ressort Arbeits- und Gesundheitsschutz der IG Metall zeigt mit dem Ratgeber „Lärmprävention in Büro und Produktion", wie Lärm im Betrieb bekämpft werden kann. Die Broschüre richtet sich an Betroffene, Vertrauensleute sowie Betriebsräte und veranschaulicht die grundlegenden Aspekte zum Thema – so zum Beispiel die rechtlichen Grundlagen zum Arbeitsschutz, Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates und erfolgreiche Beispiele von betrieblichem Lärmschutz aus der Praxis. Fünf Exemplare (Mindestbestellmenge) der Broschüre können für 12,50 Euro zuzüglich Versand online bestellt werden. •

www.igmetall.de/gutearbeit

DGB-Mediennewsletter

Drei-Stufen-Test fürs Netz

Der neue Medien-Newsletter des DGB steht ab sofort zum Download im Netz. In der aktuellen Ausgabe kritisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die zum Teil polemischen Angriffe auf die Gremienarbeit der Rundfunkräte des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks beim „Drei-Stufen-Test", mit dem die Zukunft der Online-Auftritte von ARD und ZDF bewertet wird. Die Gewerkschaften hätten sich bis zuletzt gegen eine Online-Beschränkung der Öffentlich-Rechtlichen gewandt – die Politik habe mit ihren Vorgaben den Gremien allerdings Erbsenzählerei verordnet, betonte Sommer. Nun würden alle Beteiligten „ihr Bestes tun", um das Verfahren so gut wie möglich zu bewältigen.

Mit dem Drei-Stufen-Test soll überprüft werden, ob das Onlineangebot der Öffentlich-Rechtlichen den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der BürgerInnen entspricht und mit wie viel (Gebühren-)Aufwand die Öffentlich-Rechtlichen ihre Online-Medien produzieren. Hintergrund ist eine Richtlinie der EU-Kommission, die eine präzisere Beschreibung des Auftrags der Öffentlich-Rechtlichen für das Internet fordert sowie der letzte Rundfunkstaatsvertrag der Länder, der diese Richtlinie umsetzt. •

www.dgb.de/mediennewsletter

DGB-Filmpreis

Deutschland nervt

Der DGB-Filmpreis, den der DGB Niedersachsen zum inzwischen zwölften Mal beim Internationalen Filmfest Emden-Norderney ausgelobt hat, geht in diesem Jahr an den Dokumentarfilm „Deutschland nervt" von Hans-Erich Viet. Der Film wurde vom Festival-Publikum unter fünf vom DGB nominierten Filmen ausgewählt. Er erhält die mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung für ein „dokumentarisches Roadmovie quer durch Deutschland, in dem sich der Regisseur auf die Suche nach den Befindlichkeiten der Nation macht". Die Reise geht dabei von Norderney in die Alpen, von kämpfenden Fabrikarbeitern zu deutschen Soldaten im Kosovo, vom Schützenverein zur Geleebananenfabrik. Seit 2005 war Viet unterwegs und zieht selbst das Resümee: „Deutschland nervt: ja, schon. Aber es fasziniert auch." •

Foto: Int. Filmfest Emden-Norderney

Regisseur Hans-Erich Viet nimmt den DGB-Filmpreis entgegen.

DGB-Ratgeber

Hilfen für Geringverdiener

Niedrige Einkommen, Teilzeitarbeit, Minijobs und Kurzarbeit – vielen Beschäftigten bleibt nach Abzug der Lebenshaltungskosten wenig bis nichts mehr. Doch NiedrigverdienerInnen können vom Staat diverse zusätzliche Hilfen beantragen. Wie das geht, zeigt der DGB-Ratgeber „Hilfen für Beschäftigte mit geringem Einkommen". Ob Wohngeld, Kinderzuschlag oder Hartz IV, die Broschüre weist den Weg durch das Dickicht der Formulare und Vorschriften. Außerdem ermöglichen es Berechnungshilfen und Checklisten, die jedem/r einzelnen zustehenden Leistungen korrekt zu berechnen. Einzelexemplare können für 3,35 Euro inklusive Porto und Versandkosten bestellt werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Initiative Trendwende

Beteiligung macht stark

Das Projekt „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Trendwende hat die Ergebnisse seiner Arbeit auf einer Online-Plattform zusammengetragen. Unter dem Schlagwort „Beteiligung MACHT stark!" präsentieren die Projektverantwortlichen zentrale Materialien und Dokumente zum Download, eine Liste wichtiger Links zum Thema sowie den Kontakt zum Netzwerk „Beteiligung" von Haupt- und Ehrenamtlichen aus der beteiligungsorientierten Gewerkschaftsarbeit. •

www.beteiligung.dgb.de

MEINUNG

IG Metall-Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben"

Macht Politik für die Menschen!

Die IG Metall hat im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben" ihre bisher umfangreichste Befragung abgeschlossen. Mehr als 450 000 Menschen haben sich daran beteiligt. Mit einem eindeutigen Ergebnis: „Selten war die Politik so weit von den Erwartungen der Menschen entfernt", sagt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Viel zu lang schon orientiert sich die Politik an den Interessen der Banken und der Wirtschaft. Auf der Strecke bleiben die Interessen der Menschen. Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt spielen keine Rolle. Aber gerade diese Werte machen ein Gutes Leben aus.

Die aktuelle Krise zeigt deutlich, dass zugunsten der Gier einiger Weniger immer noch die Kerninteressen der Menschen geopfert werden. Dem stellt die IG Metall mit der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben" ein neues Politikmodell entgegen: **Die zentralen Interessen der Menschen müssen wieder Grundlage für politische Entscheidungen werden.**

Die IG Metall will aber mehr. Wir wollen mit und nicht über die Menschen in Deutschland sprechen. Wir wollen wissen, was sie von einem Guten Leben erwarten. Welche Themen sind wichtig? Und was fordern sie von der Politik? Deshalb hat die IG Metall mit „Deine Stimme für ein Gutes Leben" die bisher größte Beschäftigtenbefragung in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften durchgeführt. Mit einer Resonanz, die den Aufwand und den Mut zum Dialog mehr als rechtfertigt. Über 450 000 Menschen haben ein eindeutiges Votum abgegeben. Die Menschen erwarten mehr von einem Guten Leben als das, was uns die politischen und ökonomischen Entscheider anbieten.

Die Menschen wollen Arbeit. Sicher und fair. Nicht nur Folge der Wirtschaftskrise, sondern Grundbedürfnis: 89 Prozent der Befragten fordern einen sicheren Arbeitsplatz, 84 Prozent einen Arbeitsplatz, der nicht krank macht. Erwartet wird ein Einkommen, von dem man gut leben kann (83 Prozent). Bei Leiharbeit fordern 77 Prozent gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Die Menschen wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder. Dazu gehört für 74 Prozent die Pflicht der Unternehmen, ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze zu schaffen. 71 Prozent fordern eine bessere Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen, 70 Prozent wollen eine gerechtere Verteilung von Bildungschancen. Auch Umweltschutz ist hier ein Thema. Hier fordern 60 Prozent der Befragten deutliche Verbesserungen.

Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft. Dazu gehört in erster Linie materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Das fordern 79 Prozent der Befragungsteilnehmer. Fast genauso wichtig: Die Einführung von Mindestlöhnen (78 Prozent). Zu einer guten Gesellschaft gehört für die Mehrheit der Menschen auch, dass es gerecht zugeht zwischen Arm und Reich (73 Prozent). Für 72 Prozent gehört dazu auch eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte.

Foto: IG Metall

Detlef Wetzel, 56, IG Metall-Vize: „Gerechtigkeit und Solidarität – diese Werte müssen wieder Maßstab des Handelns in Politik und Wirtschaft werden."

Die Menschen wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können. Abgesichert sein, eine Zukunft planen können. Das wollen 80 Prozent der Befragten. 77 Prozent fordern ausreichend Zeit für Familie und private Interessen, 62 Prozent vermissen eine Verbesserung der Kinderbetreuung.

Die Menschen wollen im Alter sorgenfrei leben. Sicherheit im Alter ist den Menschen wichtig. Dazu gehört für 83 Prozent eine Rente, mit der sie gut auskommen. 81 Prozent erteilen der Rente mit 67 eine klare Absage. Und 73 Prozent wollen eine gerechtere Rentenversicherung, die auch Selbstständige und Beamte einbezieht.

Ein klares Votum, das zeigt, dass die Gewerkschaften mit ihren Themen und Werten ganz nah dran sind an den Erwartungen und Interessen der Menschen. Wie nah, zeigt die hohe Zustimmung zu fast allen abgefragten Positionen. Ein eindeutiges Votum gegen die aktuelle Politik in unserem Land. Daraus ergibt sich auch ein Auftrag an die IG Metall. Die Menschen trauen uns zu, ihre Forderungen in die Politik zu tragen. Forderungen, die sich in einem Satz bündeln lassen: Macht Politik für die Mehrheit der Menschen. Dieser Verantwortung wird sich die IG Metall in den Monaten vor und nach der Bundestagswahl stellen. Wir werden alles dafür tun, dass die Interessen der Menschen nicht auf der Strecke bleiben. Ein Höhepunkt: die große Veranstaltung in der Frankfurter Commerzbank-Arena am 5. September. Hier – wie überall – werden wir eines fordern: Macht Politik für die Mehrheit der Menschen! •

Höhepunkt 5. September

Es herrscht Krise – und die IG Metall macht eine Kampagne „für ein Gutes Leben". Nicht trotzdem, sondern gerade deshalb: „Denn zu einem Guten Leben gehört vor allem ein sicherer Arbeitsplatz. Und der ist gefährdet, stärker denn je", heißt es in „kompakt", der Kampagnenzeitung der IG Metall.

Die Ergebnisse der Befragung, die von Anfang April bis Ende Juni stattfand, sind bemerkenswert: Wenn 89 Prozent der Befragten es für „sehr wichtig" halten, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, lässt das den Schluss zu, dass die Angst um den Arbeitsplatz viel weiter verbreitet ist als angenommen. Befragte halten bekanntlich das für am wichtigsten, was ihnen am meisten fehlt – in diesem Fall: ein sicherer Arbeitsplatz.

Die IG Metall wird aus den Befragungsergebnissen politische Forderungen entwickeln und die Parteien zur Bundestagswahl am 27. September damit konfrontieren. Am 5. September werden Berthold Huber und Detlef Wetzel, 1. und 2. Vorsitzender der IG Metall, diese Forderungen auf den Punkt bringen – in der Frankfurter Commerzbank-Arena. Dieser Aktionstag ist der vorläufige Höhepunkt der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben".

Mehr Infos im Internet:
www.gutes-leben.de

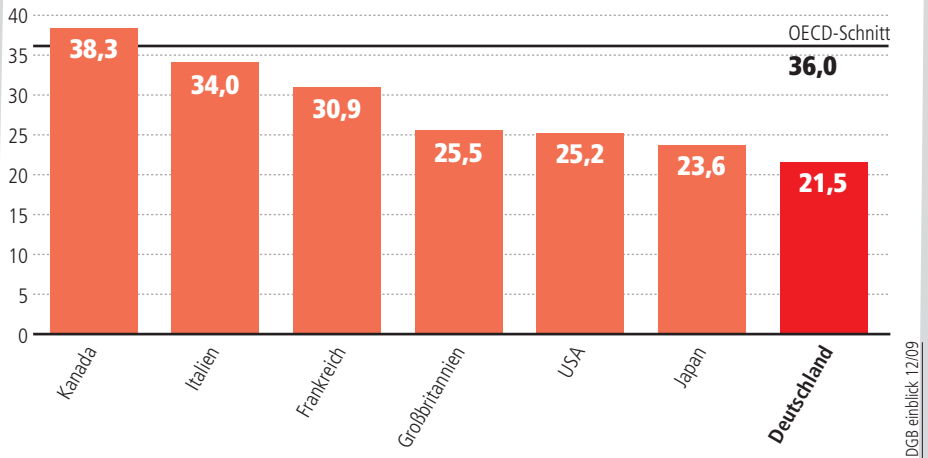
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

dieDGBgrafik

RENTE: Wenig Lohn – arm im Alter

Deutschland ist Schlusslicht der 30 OECD-Länder, wenn es um die Rentenhöhe von Geringverdienenden im Vergleich zum nationalen Durchschnittslohn geht. Dieselbe OECD-Studie belegt zudem, dass die Krise die private Rentenvorsorge erreicht hat. Besonders betroffen: Länder wie Irland (-37,5 % bei den Rentenfonds), Australien (-26,7%) und die USA (-26,2%). Schuld daran seien die riskanten Anlagestrategien der anglo-amerikanischen Länder. Der Verlust der deutschen Fonds beträgt bisher „nur" 8,5 Prozent.

Rente von Geringverdienenden* im Verhältnis zum jeweiligen Durchschnittslohn (in Prozent)



*Definition Geringverdienende: maximal 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes

Quelle: OECD 2009

© DGB einblick 12/09

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

7.7. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Mit Gerechtigkeit aus der Krise", Baunatal

8.-10.7. IG BCE, Tagung „Lidl, Telekom, Deutsche Bahn und die Folgen", Bad Münder

9.-12.7. IG Metall, Seminar „Union Summer 2009 – Mit Organizing und Kampagne in die Offensive", Sprockhövel

11.7. DGB Baden-Württemberg und Hans-Böckler-Stiftung, Hochschulpolitische Tagung „Soziale und demokratische Hochschule", Stuttgart

13.7. Hans-Böckler-Stiftung und Deutsches Jugendinstitut, Fachtagung „Wenn nichts mehr zusammenpasst – Entgrenzung von Erwerbsarbeit und Familie", München

19-24.7. DGB-Bildungswerk, Seminar „Computerisierung und Arbeitnehmerdatenschutz", Hattingen

19.-24.7. GEW und Histadrut Hamorim, Deutsch-Israelisches Seminar, Berlin

personalien

••• ***Florian Haggenmiller,*** 27, gelernter IT-Systemelektroniker und zuletzt freigestellter Vorsitzender der Konzernauszubildendenvertretung der Deutschen Telekom, ist seit dem 15. Juni politischer Referent im Bereich Jugend des DGB-Bundesvorstands.

Tipp

***Buch:* Thomas Leif: Angepasst & Ausgebrannt – Die Parteien in der Nachwuchsfalle,**
Verlag C. Bertelsmann 2009, 496 Seiten, 22,95 Euro

Der Befund steht: Die Parteien in Deutschland haben ein Nachwuchsproblem. Erklärungsansätze für die Gründe bleiben zumeist vage: Auf der einen Seite eine angeblich unpolitische Internetjugend, auf der anderen Seite „blutarme" Parteien, die den Draht zur jungen Generation verloren haben. Somit liefert der Journalist und Autor Thomas Leif mit seinem Buch „Angepasst & Ausgebrannt" einen überfälligen Beitrag. Auf rund 500 Seiten nimmt Leif die Rekrutierungspraxis der Parteien unter die Lupe und lässt zwölf Insider wie Erhard Eppler (SPD) oder Medienberater Michael Spreng in Interviews zu Wort kommen. Leifs Fazit in diesem spannenden wie Besorgnis erregenden Buch: „Her mit der Jugendquote".

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Amüsiere mich über humorlosen CDU-Kollegen, der schon auf ‚Gehörst Du zu den Steuererhöhern oder zu den -senkern?' beleidigt reagiert."

Eintrag von SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber im Online-Netzwerk und Mikro-Weblog twitter.com vom 29. Juni.

Hartz IV

Nur gezahlter Unterhalt anrechenbar

Bei einem Hilfebedürftigen, der Leistungen der Grundsicherung bezieht, darf ein gegen einen Elternteil bestehender Unterhaltsanspruch bei der Leistungsberechnung nur in der Höhe berücksichtigt werden, in der er zur Auszahlung an das Kind gelangt. Unerheblich ist, ob in einer Unterhaltsvereinbarung ein höherer Betrag vereinbart ist.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 23. April 2009 - L 5 AS 81/07

Männerdiskriminierung

Bei Nachtdienst Frauen bevorzugt

Der Träger eines Gymnasiums darf bei der Besetzung einer Betreuerstelle für das von ihm betriebene Mädcheninternat die Bewerberauswahl auf Frauen beschränken, wenn die Tätigkeit auch Nachtdienste im Internat beinhalten soll. Denn hier stellt das weibliche Geschlecht der Stelleninhaberin eine wesentliche und entscheidende Anforderung im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes dar.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 28. Mai 2009 - 8 AZR 536/08

Kündigungsschutzklage

Bei Verschulden keine Heilung

Will sich ein Arbeitnehmer gegen die Wirksamkeit einer Kündigung wenden, muss er innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung Kündigungsschutzklage erheben. War der Arbeitnehmer trotz Anwendung aller ihm nach Lage der Umstände zuzumutenden Sorgfalt verhindert, die Klage rechtzeitig zu erheben, so ist die Klage auf seinen Antrag hin nachträglich zuzulassen. Hat der Arbeitnehmer die verspätete Klageerhebung selbst verschuldet, kann die Klage nicht nachträglich zugelassen werden. Die Kündigung gilt dann als von Anfang an wirksam. Dieselbe Folge tritt ein, wenn nicht der Arbeitnehmer selbst, sondern sein Prozessbevollmächtigter die verspätete Klageerhebung verschuldet hat.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 28. Mai 2009 - 2 AZR 548/08

Kopftuchverbot

Verstoß wird geahndet

In den städtischen Kindergärten Baden-Württembergs ist es den Fachkräften verboten, im Dienst Kopftuch zu tragen. Der Verstoß einer muslimischen Erzieherin gegen dieses Verbot berechtigt den Arbeitgeber dazu, eine Abmahnung zu erteilen.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 19. Juni 2009 – 7 Sa 84/08

Arbeitslosengeld II

Bremen übernimmt Mietkaution

Die Verwaltungsanweisung der Bremer Sozialsenatorin, derzufolge bei Wohnungen von Wohnungsbaugesellschaften keine Mietkaution übernommen wird, steht im Widerspruch zur Gesetzeslage. Ein Darlehen für eine Mietkaution einer Bezieherin von Arbeitslosengeld II darf also nicht mit der Begründung abgelehnt werden, dass eine Wohnung bei einer Wohnungsbaugesellschaft angemietet wird.

Sozialgericht Bremen, Beschluss vom 12. Mai 2009 - S 23 AS 779/09 ER

Abmahnung

Personalgespräch ist nicht Pflicht

Der Arbeitgeber kann Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung nach billigem Ermessen näher bestimmen, soweit die Arbeitsbedingungen nicht durch Arbeitsvertrag, Betriebsvereinbarung, Tarifvertrag oder Gesetz festgelegt sind; außerdem können Weisungen zu Ordnung und Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb erfolgen. Das Weisungsrecht beinhaltet dagegen nicht die Befugnis, den Arbeitnehmer zur Teilnahme am Personalgespräch zu verpflichten, in dem es ausschließlich um eine bereits abgelehnte Vertragsänderung gehen soll.

Der Fall: Der Arbeitgeber, eine Einrichtung der Altenpflege, beabsichtigte wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine Verminderung des 13. Monatsgehalts. Zu diesem Zweck fand am 1. November ein Gespräch mit einer Gruppe von Arbeitnehmerinnen statt, zu der auch die klagende Altenpflegerin gehörte. Die Arbeitnehmerinnen waren mit der Vertragsänderung nicht einverstanden. Daraufhin lud der Arbeitgeber die Altenpflegerin - ebenso wie andere Mitarbeiterinnen – zu Einzelgesprächen für den 13. November ein. Ziel des Gesprächs war es wiederum, die Altenpflegerin zum Einverständnis mit der Verminderung des 13. Gehalts zu bewegen. Die Frau erschien wie erbeten, erklärte jedoch, nur zu einem gemeinsamen Gespräch unter Einbeziehung der übrigen Mitarbeiterinnen bereit zu sein. Ein solches gemeinsames Gespräch lehnte der Arbeitgeber seinerseits ab und erteilte der Altenpflegerin eine Abmahnung mit der Begründung, sie habe ihre Arbeitsleistung (in Form eines Personalgesprächs) verweigert. Die von der Altenpflegerin erhobene Klage auf Entfernung der Abmahnung aus der Personalakte hatte Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Klägerin war zur Teilnahme an dem Personalgespräch vom 13. November nicht verpflichtet. Die Weisung, an dem Gespräch teilzunehmen, betraf keinen der vom Gesetz abgedeckten Bereiche. Sie betraf weder die Arbeitsleistung noch Ordnung oder Verhalten im Betrieb, sondern ausschließlich eine vom Arbeitgeber gewünschte Änderung des Arbeitsvertrags.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 23. Juni 2009 - 2 AZR 606/08

Zeugen Jehovas

Kein Sonderurlaub für Bezirkskongress

Ein Beamter hat keinen Anspruch auf die Gewährung von Sonderurlaub für die Teilnahme am Bezirkskongress der Zeugen Jehovas.

Der Fall: Der Bundesbeamte beantragte die Bewilligung von Sonderurlaub für die Teilnahme am Bezirkskongress der Zeugen Jehovas. Die Klage gegen die Ablehnung des Antrags blieb erfolglos.

Das Oberverwaltungsgericht: Einem Beamten kann nach der Sonderurlaubsverordnung Sonderurlaub für die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag sowie am Deutschen Katholikentag gewährt werden, weil diese Veranstaltungen über den religiösen Charakter hinaus eine besondere gesellschaftliche Bedeutung haben. Die Kirchentage sind keine von den Amtskirchen organisierten Veranstaltungen. Vielmehr werden sie von Laienbewegungen getragen, die den Kirchen teilweise sogar kritisch gegenüberstehen und widmen sich nicht ausschließlich religiösen oder kirchlichen Themen. Demgegenüber werden die Bezirkskongresse der Zeugen Jehovas von der Religionsgesellschaft selbst organisiert und beschränkten sich auf ein Wirken nach innen. Es soll der individuelle Glauben gefestigt und die religiöse Lebensführung sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder gestärkt werden.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 19. Juni 2009 - 10 A 10042/09.OVG

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 12/09